

Einwohnerrat Pratteln

Protokoll Nr. 320

Einwohnerratssitzung vom Montag, 28. April 2003, 19.00 Uhr
in der Aula Fröschmatt II

Anwesend	37 Einwohnerrats-Mitglieder 7 Gemeinderats-Mitglieder
Abwesend entschuldigt	Petra Ramseier, Erika Schaub, 1 Vakanz (CVP)
Vorsitz	Stefan Löw, Präsident
Protokoll	Bruno Helfenberger
Weibeldienst	Hansueli Schwob

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Überführung der befristeten 2.25 Stellenprozent in eine definitive Anstellung, Schaffung von neu 0.75 Stellenprozent und Anpassung des Stellenplans	2246
2.	Reglement über den Jörinparkfonds	2243
3.	Ersatzbeschaffung Polizeifahrzeug	2244
4.	Schulhaus Erlimatt I / Schulküchensanierung, Bewilligung eines Bruttokredites von CHF 445'000.—	2245
5.	Postulat von Christine von Arx betreffend „Verzeichnis von Reglementen und Beschlüssen“	2221
6.	Fragestunde (nach der Pause)	

Neue persönliche Vorstösse:

- Interpellation von Heinz Schiltknecht betreffend „Schmiedeplatz“
- Interpellation von Heinz Schiltknecht betreffend „Netzibodenstrasse 33“

Mitteilungen

ER-Präsident Stefan Löw orientiert:

- Der Gemeinderat hat ein Rauchverbot in allen Schulhäusern im generellen und für den Vorraum der Aula Fröschmatt II im speziellen beschlossen. Für die Raucher/innen steht ab sofort ein Aschenbecher beim Haupteingang zur Verfügung.
- Samuel Wehrli (CVP) hat seinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat bekanntgegeben.
- Im Namen des Einwohnerrates gratuliert er den Prattler Landräten Ruedi Brassel, Urs Hess, Philipp Schoch und Röbi Ziegler zu ihrer Wahl für die neue Amtsperiode 2003 - 2007.

Geschäft Nr. 2246

Überführung der befristeten 2.25 Stellenprozent in eine definitive Anstellung, Schaffung von neu 0.75 Stellenprozent und Anpassung des Stellenplans

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 15. April 2003
- Stellenplan per 1.01.2003

Eintretensdebatte

GP Willy Schneider: Der Gemeinderat möchte jetzt schon wissen, wie es mit den befristeten Stellen ab dem 1. Januar 2004 weitergeht und möchte diejenigen, befristet angestellten Personen, welche sich bewährt haben, bereits in diesem Jahr unbefristet anstellen. Die Arbeiten auf der Verwaltung sind seit der letzten Vorlage nicht weniger geworden und an einigen Stellen ist die Überlastung deutlich spürbar. Das führt zu Resignation und krankheitsbedingten Ausfällen. Beim Stellenplan hat sich ein kleiner Fehler eingeschlichen: Beim Stab sollte es GR/ER-Sekretär heissen und nicht Gemeindeverwalter-Stellverteter. Diese Stellvertretung wird zur Zeit vom Abteilungsleiter Finanzen ausgeübt. Ich bitte Sie dringend, diese 3.00 Stellen zu bewilligen, bevor es zu weiteren Ausfällen oder sogar Kündigungen kommen kann.

Urs Hess: Wir möchten das Geschäft an den Gemeinderat zurückweisen. Den entsprechenden Antrag stellen wir nach dem Eintreten.

Heinz Schiltknecht: Das Geschäft ist aus folgenden Überlegungen zurückzuweisen. Was tun Sie als Verantwortlicher eines Oeltankschiffes bei stockdickem Nebel und ausgefallenem Navigationssystem? Sie werfen den Anker aus und warten. In der Gemeinde Pratteln ist das nicht so. Die Navigationssysteme der Gemeinde Pratteln sind einerseits der Finanzplan und andererseits die Rechnung. Wir haben beides nicht und wir kennen die Konsequenzen dieses Geschäfts nicht. In der Vorlage werden noch mehrere andere Stellen angekündigt. Ich verstehe die Argumentation von Willy Schneider, aber wir haben hier eine Globalverantwortung betreffend der Finanzen. Das Geschäft ist mit zwei Auflagen an den Gemeinderat zurückzuweisen: Alle anstehenden Personalwünsche müssen mit den gesamten finanziellen Konsequenzen zusammen gefasst werden und bevor wir entscheiden muss zuerst die Rechnung und allenfalls der Finanzplan vorliegen. Wir können nicht blindlings handeln, ansonsten produzieren wir „Gizzimist“.

Dieter Stohler: Die FDP-Fraktion ist für Eintreten. Die Beurteilung betreffend der Personalressourcen ist eine ganz schwierige Angelegenheit. Zwischen den Zeilen ist zu lesen, dass es dem Personal wirklich schlecht geht. Nach Rücksprache mit einzelnen Gemeinderäten kommen wir zum Schluss, dass wir auf diese Vorlage eintreten müs

sen. Wir haben nicht nur gegenüber den Finanzen eine Verantwortung, sondern auch gegenüber dem Personal der Gemeinde. Einsparungen am falschen Ort haben Schäden zur Folge, welche langfristig teurer zu stehen kommen.

Rudolf Meury: Ich bin für Rückweisung und dafür, dass das Papier in der Schublade verschwindet und auch nicht mehr vorgelegt wird. Es ist einfach zu sagen, dass man mehr Leute braucht. Warum haben wir eine Homepage ? Damit weniger Anfragen an die Gemeinde gerichtet werden und die einzelnen Stellen entlastet werden. Wenn das nicht passiert, dann muss die Homepage schnellstens vom Netz genommen werden. Die Politik muss lauten: Weniger Ausgaben, unbedingter Abbau von Dienstleistungen (Stichwort Steuererklärungen), weniger Staatsangestellte bei Bund, Kanton und Gemeinden und schlussendlich tiefere Steuern.

Maya Wittwer, Stephan Ackermann und Heinz Mattmüller sind für Eintreten.

GR Beat Stingelin: Ich bin entsetzt und enttäuscht über die Aussage von Heinz Schiltknecht, wonach die Vorlage „Gizzimist“ produziert. Wir reden hier von den Angestellten der Gemeinde Pratteln. Zum Votum von Herrn Meury muss ich sagen: ebenfalls ab in die Schublade!

://: Der Rat beschliesst mit grossem Mehr Eintreten.

Direktberatung:

Urs Hess: Wir sind mit der Vorlage nicht glücklich, möchten aber ganz klar festhalten, dass das nichts mit der Qualität des Personals zu tun hat. Die Vorlage ist nicht vollständig. Jetzt werden drei neue Stellen verlangt und allenfalls kommt auch im Schulbereich und im Sozialbereich etwas auf uns zu. Da reiht sich „Salamirädchen“ an „Salamirädchen“. Aus diesem Grund können wir keine Gesamtbeurteilung vornehmen und weisen das Geschäft zurück. Die drei Stellen werden Kosten von CHF 300'000.— verursachen. Diese fixe Ausgaben haben in unserem Haushalt keinen Platz. Wenn wir hier mehr Personal bewilligen, dann ist das Thema Steuererhöhung wieder aktuell. Wir fordern den Gemeinderat auf zu prüfen, welche Dienstleistungen angeboten werden müssen. Wir sind überzeugt, dass bei einer ganzheitlichen Betrachtung der jetzige Personalbestand gehalten werden kann. Ich bitte Sie, das Geschäft zur Gesamtbeurteilung an den Gemeinderat zurück zu weisen.

Maya Wittwer: „Das Leiden kommt vom Wünschen“ (Zitat Max Hippenmeyer). In der Vorlage ist vom Sozial- und Schulbereich die Rede. Auch das GIS braucht mehr Personal und wir müssen in Zukunft klar deklarieren, dass EDV-Programme Personal braucht und nicht nur Vorteile bringt. Hier geht es um Menschen, welche gute Arbeit leisten. Werden diese Menschen von uns getragen oder behandeln wir sie so, dass man sie bei Bedarf „wegschmeissen“ kann ? Es ist nicht das erste Mal, dass gesagt wird, dass unsere Leute nicht mehr „mögen“, nicht mehr motiviert sind und Überstunden leisten müssen, weil sie überlastet sind. Wir müssen Verantwortung übernehmen und ich bitte Sie, das Geschäft zu behandeln, damit auf der Gemeinde gearbeitet und das Personal geführt werden kann.

Dieter Stohler: Es ist nicht realistisch, dass man jetzt alle „Salamirädchen“ der nächsten zwei Jahre zusammenstellt. Betreffend Dienstleistungen herrscht ein Konsens. Wir können nicht alles unbeschleunigt und auf unbestimmte Zeit weitertragen. Der Gemeinderat muss aufgrund der bereits überwiesenen Motion „über die Bücher gehen“ und das Dienstleistungsangebot überprüfen. Stichworte: Leistungsvereinbarungen und Globalbudget. Der Gemeinderat berichtet immer wieder, dass er keine Mittel hat, die besagte Motion zu behandeln. Das ist ein Alarmzeichen und wir müssen dem Gemeinderat mindestens die Mittel zur Verfügung stellen, welche es ermöglichen, zu

dieser Motion eine Vorlage zu erarbeiten. Beim vorliegenden Antrag geht es nicht um die Diskussion betreffend Abbau von Dienstleistungen. Hier geht es darum, die adäquaten Mittel für beschlossene Aufgaben zur Verfügung zu stellen. Bei einer unbegründeten Ablehnung verliert der Einwohnerrat bei dieser dramatischen Situation seine Glaubwürdigkeit. Als oberster Arbeitgeber müssen wir einerseits Führungsverantwortung wahrnehmen und dürfen andererseits nicht laufend neue Ausgaben beschliessen. Wir lehnen ein parteipolitisches Hick-Hack auf Kosten des Personals ab und bitten Sie, der Vorlage zuzustimmen.

GR Max Hippenmeyer: Der finanzielle Aspekt ist das eine. Es geht aber auch um Menschen. Wir schaffen keine neuen Stellen. Die gleiche Idee haben wir Ihnen bereits im Juni 2001 unterbreitet und wir wollten schon damals permanente Stellen. An der Situation betreffend Belastung und Stress hat sich nichts geändert und die Pen- denzen sind nach wie vor vorhanden. Ich bitte Sie, den Antrag zu unterstützen.

GP Willy Schneider: Im Schulbereich kennen wir die Auswirkungen des neuen Bildungsgesetzes noch nicht. Wir erhoffen uns dort eine bescheidene Entlastung. Das gleiche gilt für den Sozialbereich, wo eine umfassende Strukturanalyse gemacht wurde, in der Hoffnung, danach mehr Effizienz zu erreichen. Solche Annahmen in der Vorlage zu erwähnen wäre unseriös. Die vorliegenden drei Stellen benötigen wir auf der Verwaltung und wir müssen aufpassen, dass uns die guten Leute eines Tages nicht „davonlaufen“. Wenn die nötigen Grundlagen für die anderen Bereiche vorliegen, dann sind wir in der Lage, mit der entsprechenden Vorlage an den Einwohnerrat zu gelangen. Das ist keine Salamtaktik und ich bitte Sie, die einzelnen Bereiche nicht gegeneinander auszuspielen. Es ist so einfach zu sagen, dass Dienstleistungen abgebaut werden sollen. Die Frage ist nur wo.

Heinz Mattmüller: Wir haben vorausgesagt, dass das neue Bildungsgesetz zu enormen Mehrkosten führen wird. Dieses Thema dürfen wir aber nicht mit der heutigen Vorlage vermischen. Wir lehnen den Rückweisungsantrag ab.

Heinz Schiltknecht: 0.75 Stellen werden neu geschaffen. Ich frage die FDP, wie denn das alles bezahlt werden soll? Sowohl im Bildungsbereich als auch im Sozialbereich gibt es Aufgaben, welche wir erfüllen müssen. Ob wir wollen oder nicht. Gemäss Gemeindeordnung bestimmt der Einwohnerrat die Anzahl Stellen und die Verteilung ist Sache des Gemeinderates. Wir müssen uns aber die Frage stellen, wie und wer das bezahlen soll. Wenn Sie mir diese Frage beantworten, dann kann ich dem Antrag auch zustimmen. Die wirtschaftliche Entwicklung verheisst keine Besserung und wir müssen auch die Steuerzahler von Pratteln vertreten. Wollen wir die Steuern erhöhen?

Urs Hess: Wir wollen sicher nicht den Sozialbereich, den Schulbereich und die Verwaltung gegeneinander auszuspielen. Es geht uns einzig und allein darum, dass wir nicht Geld ausgeben können, das wir nicht haben. Wir können uns das schlicht weg nicht leisten.

Florian Reischenböck: Im Gegensatz zu meinen Parteikollegen bin ich für Rückweisung.

Stephan Ackermann: Wir versprechen uns von diesen drei Stellen einiges. Es gibt vieles aufzuarbeiten und es gibt auch einige Dinge, welche in Zukunft Einsparungen bringen würden und Bereiche, welche mehr Geld generieren könnten.

GR Max Hippenmeyer: Der gleiche Einwohnerrat hat in der Vergangenheit eine Stellenaufstockung im Jugendbereich beschlossen. Wer übernimmt die Verantwortung, wenn der Betrieb nicht mehr läuft? Wenn wir einen Ausfall in der EDV haben

wird niemand mit den Folgen leben wollen. Auch der Einwohnerrat nicht. Es ist zu einfach, die Vorlage zurück zu weisen.

Dieter Stohler: Wie viel Staat wir gewähren, das bemisst sich nicht an der Anzahl Stellen, welche wir im Stellenplan haben, sondern an der Anzahl Aufgaben, welche wir dem Staat zuweisen. Es ist unser Ziel, ein ausgewogenes Verhältnis zu erreichen. Die Aufgaben müssen mit den entsprechenden Mitteln resp. mit den entsprechenden Einnahmen gedeckt werden. Um das zu beurteilen und zu steuern, braucht es Instrumente wie WOV und NPM.

Priska Forter: Ich habe immer zu bedenken gegeben, dass mit der Einführung von EDV-Programmen die finanziellen Vorteile gar nicht eintreffen. Ich befürworte die Schaffung der Stellen, weil noch viel mehr Arbeit auf die Verwaltung zukommen wird.

Heinz Schiltknecht: Die Argumentation von Herrn Stohler tönt auf Papier irrsinnig und ist ein wunderbares theoretisches Gebilde. Die Realität von NPM sieht anders aus. NPM hat immer mehr Kosten verursacht als angenommen. Wir steuern auf ein Bilanzdefizit hin und irgendwann haben wir kein Eigenkapital mehr. Wir können nicht à discretion Stellen bewilligen. Ich will wissen, wie viele Stellen Pratteln im Total braucht und uns somit ein Gesamtüberblick vorliegt. Wie viele Salamiädchen noch abgeschnitten werden ist mir nicht bekannt.

Abstimmung:

://: Mit 23 : 13 Stimmen und 1 Enthaltung wird der Rückweisungsantrag abgelehnt.

Urs Hess möchte keine Festanstellungen und stellt folgenden Antrag:

„Der Einwohnerrat verlängert die befristeten 2.25 Stellen und bewilligt eine befristete Schaffung von 0.75 Stellen.“

Maya Wittwer, Ruedi Brassel, Kurt Lanz, und GR B. Stingelin lehnen den Antrag ab.

GR E. Schiltknecht: Das Personalreglement sieht gar keine befristeten Stellen vor. Nach einer gewissen Zeit müssen befristete Stellen in eine feste Anstellung übergehen.

Abstimmung:

://: Mit grossem Mehr wird der Antrag von Urs Hess abgelehnt.

Heinz Schiltknecht: Der zweite Abschnitt im ersten Punkt gehört nicht dazu, weil der Einwohnerrat gar nicht darüber befinden muss. Das regelt die Gemeindeordnung.

Schluss-Abstimmung:

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen vereinzelte Stimmen:

- ://: 1. Der Einwohnerrat genehmigt per 1. Januar 2004 die definitive Schaffung von 3.00 Stellen (Überführung der befristeten 2.25 Stellen in eine definitive Anstellung und die Schaffung von weiteren 0.75 definitiven Stellen).
2. Der Einwohnerrat genehmigt den entsprechend nachgetragenen Stellenplan, mit einem Gesamtbestand von 109.41 [bisher: 106.41] Stellen für die Verwaltung.
-

Geschäft Nr. 2243

Reglement über den Jörinparkfonds

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 8. April 2003

GR Max Hippenmeyer: Ich bitte Sie das Reglement zu genehmigen und auf eine zweite Lesung zu verzichten.

Kurt Lanz, Mike Wahli, Dieter Stohler, und Rudolf Meury stimmen im Namen ihrer Fraktionen sowohl der Vorlage als auch dem Verzicht auf eine zweite Lesung zu.

Urs Hess: Ich hoffe nur, dass wenn dieses Geld aufgebraucht ist, die Gemeinde die entsprechenden Konsequenzen wahrnimmt und den Unterhalt der Geräte einstellt.

Abstimmung:

Der Rat beschliesst mit 31 Stimmen:

://: Auf eine zweite Lesung wird verzichtet.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen:

://: Das Reglement über den Jörinparkfonds wird genehmigt und der Gemeinderat wird ermächtigt, nach erfolgter kantonaler Genehmigung, dieses in Kraft zu setzen.

Geschäft Nr. 2244

Ersatzbeschaffung Polizeifahrzeug

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 1. April 2003

Philipp Schoch: Die Fraktion der Grünen/Unabhängige möchte die Vorlage an den Gemeinderat zurückweisen. Anlässlich der Budgetdebatte wurde das Begehren sehr deutlich abgelehnt. Ausser dem Scheibenbruch sind keine neuen Fakten dazugekommen. Wir machen den ernst gemeinten Vorschlag, dass anstatt eines Autos drei Velos beschafft werden. Das wird auch in anderen Städten wie Basel oder New York praktiziert. Damit erreicht man eine gewisse Bürgernähe. Bis anhin wurden mit dem Auto ca. 5'000 km im Jahr zurückgelegt. Mit dem Velo ist das „easy“ zu bewältigen.

GR Rolf Wehrli: Obwohl der Vorschlag sympathisch ist, bleibt der Gemeinderat bei seinem Antrag. Aufgrund der Erwägungen im Antrag ist es sicher vernünftig, dass der Einwohnerrat bereits heute wieder darüber entscheiden soll. In der Budgetdebatte war die Beschaffung nicht nur bestritten. Der Vergleich mit New York und Basel ehrt uns. Doch der Vergleich hinkt insofern, als dass wir in Pratteln nur ein Fahrzeug haben. Ich bitte Sie, unseren vernünftigen Antrag zu unterstützen und die Beschaffung zu bewilligen.

Urs Baumann: Die FDP-Fraktion ist gegen den Rückweisungsantrag. Damit die Polizei ihren Auftrag erfüllen kann, braucht sie auch die entsprechenden Mittel und Ausrüstungen.

Heinz Mattmüller: Damit Beschädigungen nicht vorkommen gehört ein solches Auto in eine Garage. Das Auto hat erst 60'000 km und ist somit noch ein „junges“ Fahrzeug. Warum hat man die Scheiben seit dem Vorfall bis heute noch nicht ersetzt ?

Rudolf Meury: Die CVP ist für Eintreten und Bewilligung des Antrags. Ich stelle folgenden Zusatzantrag: Zusätzlich zum Auto werden drei Velos bewilligt.

Urs Schneider: Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und ich kann auch den drei Velos durchaus etwas positives abgewinnen.

Achille Babbi: Die SP-Fraktion ist für Eintreten und Bewilligung des Kredites. Auch ich kann mir vorstellen, dass nebst dem Auto eine Veloausrüstung angeschafft wird. Ich bitte den Gemeinderat diesen Vorschlag ernsthaft zu prüfen.

GR Rolf Wehrli: Das Auto hat tatsächlich wenige Kilometer, ist aber bereits zwölfjährig. Der Vergleich mit der Feuerwehr drängt sich auf, weil auch dort sehr oft nur kurze Strecken gefahren werden.

Philipp Schoch: Die Aufgaben der Polizei müssen zuerst definiert werden. Die Gemeindepolizei hat ganz klar den Auftrag das sogenannte „community-policing“ zu erfüllen. Für gewisse Arbeiten und Transporte kann man durchaus ein anderes Gemeindefahrzeug einsetzen.

GR Rolf Wehrli: Unsere Polizei macht mit dem Velo auch Verkehrsschulung mit Kindern. Aber es gibt Aufgaben, welche nicht mit dem Velo erfüllbar sind. Mit der Gründung der Abteilung Öffentliche Sicherheit hat der Einwohnerrat auch ganz klar gewisse und sogar mehr Aufgaben der Polizei übertragen. Das wurde in der Vergangenheit auch nie in Frage gestellt.

Heinz Schiltknecht: Nach meinem Wissen hat die Gemeindepolizei nicht mehr viele hoheitliche Rechte. Ich habe bereits früher mit einer Motion die Abschaffung der Gemeindepolizei beantragt. Das ist durchaus möglich und wäre eine Möglichkeit, um Geld zu sparen. Das ist eine Aufgabe, welche die Gemeinde nicht mehr zwingend wahrnehmen muss.

Abstimmung:

://: Mit grossem Mehr wird der Rückweisungsantrag von Philipp Schoch abgelehnt.

Wolfgang Märki: Gibt es eine Möglichkeit, das neue Fahrzeug in einer Garage unterzubringen ?

GR Rolf Wehrli: Die Möglichkeit, eine Garage zu mieten ist sicher gegeben. Das kostet aber auch wieder Geld.

Urs Schneider: Ich habe bereits anlässlich der Budgetdebatte vor weiteren Kosten gewarnt. Es macht doch keinen Sinn, Geld in ein Auto zu investieren, welches kaum noch CHF 3'000.— wert ist. Das Polizeifahrzeug stand bis vor kurzem immer in einer Garage. Diese wurde auch aus Kostengründen gekündigt. Ich bitte Sie, den Kredit zu bewilligen.

Walter Biegger macht den Vorschlag, das Aufstellen einer Fertiggaragenbox zu prüfen. Die Kosten belaufen sich auf ca. CHF 6'000.—.

Im Verlauf der Diskussion wurden keine neuen Argumente vorgebracht.

Abstimmung:

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr:

://: Der Gemeinderat wird beauftragt, ein geeignetes Polizei-Vorführfahrzeug im Betrag von max. CHF 40'000.— (brutto) zu beschaffen.

Geschäft Nr. 2245

Schulhaus Erlimatt I / Schulküchensanierung, Bewilligung eines Bruttokredites von CHF 445'000.—

Aktenhinweis:

- Antrag des Gemeinderates vom 8. April 2003

GP Willy Schneider: Im Budget sind bereits CHF 400'000.— enthalten. Inzwischen wurden verschiedene Abklärungen gemacht und wir haben ein Schreiben der Erziehungs- und Kulturdirektion erhalten, wonach unbestritten ist, dass die Sekundarschule in Pratteln drei Schulküchen braucht. Pro 12 Klassen braucht es eine Schulküche. Die geplante Küche erfüllt alle Auflagen, legt aber keinen Wert auf architektonische „highlights“, sondern baut auf Materialien, welche eine lange Lebensdauer haben. Die Arbeiten möchte man grösstenteils in den Sommerferien ausführen und ich bitte Sie, der Vorlage zu zustimmen.

Walter Biegger: Es besteht kein Zweifel, dass die Schulküche nach 37 Jahren saniert werden muss. Die Fraktion ist bereit, den Kredit zu bewilligen. Aufgefallen sind uns aber die sehr hohen Kosten bei den Schreinerarbeiten. Die erhaltenen Begründungen bei dieser Position haben uns überzeugt und dennoch bitten wir den Gemeinderat zu prüfen, in wieweit dieser Betrag noch reduziert werden kann. Beispielsweise mittels Verwendung von Normmöbeln beim Raumteilungsmobiliar. Bei den Positionen Rohbau 2 und Ausbau 1 sind die Posten Diverses, Unvorhergesehenes ein wenig stark strapaziert worden und das Architektenhonorar liegt mit CHF 27'852.— an der oberen Grenze.

Maya Wittwer: Die Schulküchensanierung ist unbestritten und vor allem dringend nötig. Normalerweise liegt die Lebenserwartung bei einer Küche zwischen 20 und 25 Jahren. Die Schulküche wird sehr stark benützt und man darf diese nicht mit der Küche zu Hause vergleichen. Ich bitte Sie, der Vorlage zu zustimmen.

Florian Reischenböck: Die Vorschriften sind sehr streng und die Sanierung ist unerlässlich. Wir empfehlen Ihnen, auf das Geschäft einzutreten und hoffen, dass der Betrag ausreichen wird.

Siegfried Siegrist: Wir sind überzeugt, dass der Sanierungsbedarf besteht und auch unbestritten ist. Auch wir finden den Posten Schreinerarbeiten sehr hoch, stimmen aber dem Kreditbegehren zu.

Olga Aeberhard: Die CVP-Fraktion ist einverstanden, dass die Schulküche saniert werden muss. Ich finde es aber eigenartig, dass der Küchenboden mit Kautschuk ausgestattet wird und ich bin nicht sicher, ob das den Hygienevorschriften entspricht.

Rudolf Meury: Wie sieht die Auslastung durch die Schulen aus ?

GP Willy Schneider: Ich gehe davon aus, dass die Planungsfachleute Materialien wählen, welche den heutigen Bedürfnissen punkto Hygiene und Reinigungsmöglichkeiten entsprechen. Ich werde mich betreffend dem Bodenbelag und den Schreinerarbeiten noch vor der Vergabe informieren.

Maya Wittwer: Die Küche wird von den Schulen an fünf Tagen am morgen und am nachmittag benützt.

Eintreten ist unbestritten.

Nadia Maurer: Die Sanierung ist unbestritten, wir stellen aber den Antrag, dass der Betrag auf CHF 400'000.— wie budgetiert gekürzt wird.

GP Willy Schneider: Wir müssen uns bewusst sein, dass es sich um eine Sanierung handelt und immer wieder Unvorhergesehenes geschehen kann. Wir können nicht heute kürzen und danach mit einem Zusatzkredit vor den Einwohnerrat treten.

Philipp Schoch: Ich gehe davon aus, dass die CHF 400'000.— richtig budgetiert worden sind und wir möchten es bei diesem Betrag belassen. Vorhänge für eine Schulküche im Betrag von CHF 3'289.— sind „vergoldete“ Vorhänge. Das kann es nicht sein und wir können uns das nicht leisten.

Maya Wittwer, Urs Hess, Urs Baumann und Heinz Schiltknecht lehnen den Antrag ab.

Abstimmungen:

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr gegen 3 Stimmen:

://: Der Antrag von Nadia Maurer wird abgelehnt.

Der Rat beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimmen:

://: Für die Schulküchensanierung im Schulhaus Erlimatt I werden CHF 445'000.— zu Lasten der Investitionsrechnung 2003, Konto Nr. 240.503.33, bewilligt.

Geschäft Nr. 2221

Postulat von Christine von Arx betreffend „Verzeichnis von Reglementen und Beschlüssen“

Aktenhinweis:

- Postulat von Christine von Arx vom 15. Juni 2002

GP Willy Schneider: Das Postulat rennt offene Türen ein. Wir sind daran, Reglemente, Verordnungen, Erlasse, Richtlinien und für die Öffentlichkeit relevante Beschlüsse zu überarbeiten und auf unserer Homepage zu publizieren. Viele dieser Papiere sind noch nicht in elektronischer Form vorhanden. Diese müssen von einer Person im Beschäftigungsprogramm abgeschrieben werden. Unser temporär angestellter

juristischer Mitarbeiter ist daran, alle Reglemente und Verordnungen systematisch zu ordnen. Vor allem aufgrund der personellen Ressourcen konnte diese Arbeit nicht schneller erledigt werden. Ich bin überzeugt, dass diese Arbeiten in absehbarer Zeit realisiert werden können und es geht nicht schneller, weil ein Postulat eingereicht worden ist. Der Gemeinderat ist aber bereit, das Postulat entgegen zu nehmen.

Christine von Arx: Ich bin mir auch bewusst, dass diese Arbeit nicht schnell erledigt werden kann. Im Einwohnerrat und auch in den Kommissionen besteht ein gewisses Problem, weil es schwierig ist, an die aktuell geltenden Unterlagen zu kommen. Ich bin auch nicht sicher, ob es auch immer um die aktuelle Version handelt. Ich erinnere an die ominöse Diskussion betreffend Plakataushang oder auch an die laufende Arbeit in der Spezialkommission für die Revision des DGFR. Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen und damit zu zeigen, dass es ein Anliegen unsererseits ist.

Dieter Stohler: Wenn man den letzten Satz des Postulats wortwörtlich auslegen will, dann geht das sehr weit, resp. zu weit. Für die Arbeit des Einwohnerrates ist es aber ganz wichtig, dass wir ein Instrument und Zugriff auf ein Verzeichnis der gültigen generell abstrakten Erlasse haben. Ein Teil ist auf dem Internet publiziert, aber leider noch nicht alles. Wir stimmen der Überweisung zu, wenn das Anliegen nicht extensiv, sondern auf das Kerngeschäft konzentriert wird.

Christine von Arx: Es ist klar, dass Gemeinderatsbeschlüsse mit Verfügungscharakter gemäss Datenschutz nicht veröffentlicht werden dürfen. Nur Beschlüsse mit Organisations- und Verordnungscharakter. Mit der Revision des Gemeindegesetzes wird meine Forderung sowieso auch von Seite des Kantons an die Gemeinden heran getragen.

Abstimmung:

Der Rat beschloss mit grossem Mehr:

://: Das Postulat Nr. 2221 wird an den Gemeinderat überwiesen.

Ende der Sitzung: 21.30 Uhr

Pratteln, 22. Mai 2003

Für die Richtigkeit:

EINWOHNERRAT PRATTELN

Der Präsident Der Sekretär

Stefan Löw Bruno Helfenberger